

Die Großmachtsehnsucht der Russen

Der Direktor des unabhängigen Moskauer Meinungsforschungsinstituts „Lewada-Zentr“, Lew Gudkow, das beim russischen Justizministerium seit sieben Jahren als „ausländischer Agent“ gelistet ist, veröffentlichte Ende vergangenen Jahres in der Zeitschrift „Gorbi“ das Ergebnis einer Analyse der jahrelangen regelmäßigen Umfragen im Lande, was die Russen unter „Großmacht“ verstehen.¹ „Die Verbitterung über den Zusammenbruch der UdSSR und den Verlust des Status einer ‚Großmacht‘ durch Russland ist die zweitstärkste Massenerfahrung (nach dem Bewusstsein der Armut und des Lebens unter den Bedingungen einer permanenter ‚Krise‘) in der gesamten postsowjetischen Periode. Mehr als 80 Prozent der Russen glauben immer noch, dass „Russland seine Rolle als Großmacht zurückgewinnen und behalten muss“.

Hauptmerkmal einer Großmacht sei das Wohlergehen der Menschen, die nach den gleichen Standards leben wie in „normalen“ Ländern, d.h. im Westen; dieser Wunsch sei in den letzten zwanzig Jahren noch stärker geworden. Da der hohe Lebensstandard jedoch nicht durch eine „Handbewegung der Behörden“ wächst, würden andere symbolische Komponenten im Massenbewusstsein stärker, „vor allem das, wovor sich andere Länder fürchten“ sollten: „militärische Macht, Atomwaffen (eine Steigerung um mehr als das Eineinhalbfache von 30 % auf 46,51 %)“. Gleichzeitig wachse der „Wunsch nach Abschottung“. Die Autorität Russlands auf der Weltbühne habe sich von 35 % auf 13-16 % halbiert. Diese Werte seien vor Beginn des Ukrainekrieges gemessen worden, was laut Gudkow bedeute „dass die öffentliche Meinung in Russland gut auf die Notwendigkeit vorbereitet war, die Haltung der internationalen Gemeinschaft zu ihren Handlungen zu ignorieren“. Weder die Wissenschaft, noch die Kultur, noch die „heroische Vergangenheit“, noch die spirituellen Traditionen, noch die gigantische Größe Russlands oder deren Bevölkerung, noch die natürlichen Ressourcen des Landes seien nach dem Verständnis der Russen die Hauptmerkmale einer Großmacht.

Die Höhepunkte der Identifikation der Russen mit ihrem Land als „Großmacht“ fallen (mit einer Verschiebung von einem Jahr) auf militärische Kampagnen:

- den zweiten Tschetschenienkrieg (2000)
- den Krieg mit Georgien (2008)
- die Krimannexion („die Krim gehört uns“ 2025)
- die „Spezielle militärische Aktion“ (Ukrainekrieg).

Als Misserfolge der Identifikation der Russen mit ihrem Land als „Großmacht“ wurden in den Umfragen gewertet:

- die Monetarisierung von Sozialleistungen 2005 (z. B. die Abschaffung der kostenfreien Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln durch Rentner und Veteranen usw., stattdessen etwas höhere Renten bzw. Pensionen) und
- die Massenproteste 2011-2013 gegen die gefälschte Parlamentswahl und die Einführung von Wladimir Putin zum dritten Mal in das Präsidentenamt.

Im Durchschnitt der letzten 25 Jahre würden 76 % der Befragten es „vorziehen, dass die Hauptanstrengungen des russischen Staates auf das Erreichen eines hohen Wohlbefindens der Bürger abzielen“ und nicht auf den „Aufbau der militärischen Macht Russlands“. Diese Position werde nur von 16 % der Befragten geteilt. „Die Funktion von ‚Russland als Großmacht‘ ist nicht nur ein Trost und eine Verherrlichung für den Durchschnittsmenschen in dessen Augen, sondern auch ein Richtungswechsel des Bewusstseins von den inneren Schwierigkeiten des Lebens zu den Handlungen und Themen der virtuellen Szene einer geopolitischen Realität.“ Zwischen einem Viertel und einem Drittel teile jedoch

¹ <https://gorby.media/articles/2023/11/22/toska-po-velikoi-derzhave>

die Bevölkerung (durchschnittlich 27 %) „militärische expansionistische Einstellungen“, wobei eine Minderheit von drei bis neun Prozent die Bereitschaft stark befürwortete, ihre Macht anderen Völkern und Ländern aufzuzwingen.

In den letzten zwanzig Jahren hätten einige Russen begonnen, den Wert der bürgerlichen Freiheiten und Menschenrechte als Grundlage der „Großmacht“ zu erkennen. Die minimale Signifikanz dieses Indikators (13 %) falle auf den Zeitraum nach der Krimannexion und das Maximum (27 %) auf die letzten Messungen vor dem Ukrainekrieg (2018-2021).

In der „International Political Science Review“ der „International Political Science Association“ (IPSA) veröffentlichte Vicente Ferraro am 28. Dezember 2023 (online first) seine ausführliche Untersuchung „Why Russia invaded Ukraine and how wars benefit autocrats: The domestic sources of the Russo-Ukrainian War“.² Mit Hilfe eines multimethodischen Forschungsdesigns (Diskursanalyse, legislative Inhaltsanalyse, Interferenzstatistik, Analyse von Meinungsumfragen) zeigt der brasilianische Politikwissenschaftler, dass der „Krieg ein erhebliches Potential hat, Putins Popularität, Nationalismus und autoritäre Präferenzen in der Gesellschaft zu steigern sowie sein Image als heldenhafter Beschützer des Landes zu stärken“. Putins Regime brauche einen feindlichen Westen und eine bedrohliche Ukraine zur Selbstlegitimation.

Vor diesem Hintergrund kann man der Meinung einiger Politikwissenschaftler wie Petra Stykow zustimmen, die nicht von „Putins Russland“ sprechen, sondern von „Russlands Putin“.³ Auf den Ukrainekrieg angewandt, bedeutet das, dass dieser letztlich nicht „Putins Krieg“ ist, sondern „Russlands Krieg“, auch wenn – laut Vicente Ferraro - von Februar 2022 bis April 2023 mehr als 19.600 Menschen wegen ihrer Antikriegshaltung bei öffentlichen Protesten und in den sozialen Medien festgenommen, über 530 strafrechtlich belangt und über 6.560 Verwaltungsverfahren unterzogen worden sind.

² <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/01925121231215048>

³ Stykow, Petra/Baumann, Julia, Das politische System Russlands. Baden-Baden 2023, S. 168.